Gesetzes- u. Verordnungsblatt

der

Evangelischen Landeskirche in Baden

Ausgegeben

Karlsruhe, den 23. Februar

1967

Inhalt:

	Seite		Seite
Dienstnachrichten	5	Mitverwaltung der Evang. Pfarrei Hochhausen	6
Bekanntmachungen:		Gesetzliche Unfallversicherung nach der Reichsversicherungsordnung	6
Änderung der Kirchspielsgrenzen der Evang. Kirchengemeinden Freiamt-Brettental, Freiamt-Mußbach und Freiamt-Reichenbach	6	Buchhinweis	9

Dienstnachrichten

Entschließung des Landesbischofs

Berufen

(gemäß § 11 Ziffer 2d Pfarrbesetz.-Gesetz):

Vikar Dr. theol. Gerhard R a u, z. Zt. beurlaubt zum Dienst als wissenschaftlicher Assistent am Praktisch-theologischen Seminar der Universität Heidelberg, zum Pfarrer der Landeskirche als theologischer Mitarbeiter im Sekretariat des Landesbischofs.

Entschließungen des Oberkirchenrats

Versetzt:

Religionslehrer Vikar Udo Bernecker in Bretten als Vikar nach Auggen zur Verwaltung der Pfarrei, Vikar Ullrich L o c h m a n n in Karlsruhe (Sekretariat des Landesbischofs) als Vikar nach Weinheim.

Ernannt:

Sparkassenoberinspektor Eduard G r a n g e t zum Kirchenverwaltungsoberinspektor beim Evang. Oberkirchenrat; Obersteuersekretär Heinz S u t t e r e r zum Kirchenverwaltungsoberssekretär beim Evang. Oberkirchenrat, die Kirchenverwaltungsassistenten z. A. Sigurd B i n k e l e und Friedegern M ü l l e r beim Evang. Oberkirchenrat zu Kirchenverwaltungsassistenten.

In den Ruhestand versetzt auf Antrag nach Erreichen der Altersgrenze:

Pfarrer Helmuth M e e r w e i n, theol. Mitarbeiter beim Evang. Oberkirchenrat in Karlsruhe, auf 1. 4. 1967, Akademiedirektor Pfarrer D. Hans S c h o m e r u s in Karlsruhe auf 1. 10. 1967.

Entschließung des Bad.-Württ. Ministerpräsidenten

Ernannt:

Studienrat Pfarrer Ernst-Friedrich M o n o in Weinheim (Gymnasium) zum Oberstudienrat.

Gestorben:

Oberpfarrer Prof. Lic. theol. Dr. phil. Wilhelm H e i n s i u s, zuletzt in Freiburg (Landesgefängnis), am 1. 2. 1967.

Diensterledigungen

Büsing, Kirchenbezirk Konstanz

Pfarrhaus wird frei. (Pfarrhausneubau vorgesehen).

Freiburg, Melancthonpfarrei-West, Kirchenbezirk Freiburg.

Pfarrwohnung (Neubau) steht zur Verfügung.

Schriesheim, Ostpfarrei, Kirchenbezirk Ladenburg-Weinheim. (Nochmalige Ausschreibung gemäß § 4 Absatz 2 Pfarrbesetz.-Gesetz.)

Pfarrhaus wird frei.

Schriesheim, Westpfarrei, Kirchenbezirk Ladenburg-Weinheim. (Nochmalige Ausschreibung gemäß § 4 Absatz 2 Pfarrbesetz.-Gesetz.)

Pfarrwohnung (6 Zimmer) steht zur Verfügung.

Todtnau, Kirchenbezirk Schopfheim

(Nochmalige Ausschreibung gemäß § 4 Absatz 2 Pfarrbesetzungsgesetz)
Pfarrhaus wird frei.

Triberg, Kirchenbezirk Hornberg.

Pfarrhaus wird frei.

Besetzung durch Gemeindewahl. Bewerbungen innerhalb drei Wochen unmittelbar beim Evang. Oberkirchenrat; gleichzeitig Anzeige an das für den Bewerber zuständige Dekanat.

Eine Vorsprache bei dem für die ausgeschriebene Pfarrstelle zuständigen Dekanat wird empfohlen.

Die **Bewerbungen** müssen bis **spätestens 15. März** abends schriftlich hier eingegangen sein.

Bekanntmachungen

OKR 6. 2. 1967
Az. 10/0 — 2027

Änderung der Kirchspiels- grenzen der Evang. Kirchen- gemeinden Freiamt-Brettental, Freiamt-Mußbach und Freiamt-Reichenbach

Die Kirchspielsgrenzen der Evang. Kirchengemeinden Freiamt-Brettental, Freiamt-Mußbach und Freiamt-Reichenbach werden mit staatlicher Genehmigung mit Wirkung vom 1. Oktober 1966 wie folgt geändert:

1. Die bisher zum Kirchspiel der Evang. Kirchengemeinde Freiamt-Mußbach gehörenden Ortsteile „Oberes Niedertal“ und „Eckacker“ — letzterer nur insoweit, als er das Anwesen Schneider (Haus Nr. 114) betrifft — werden aus diesem aus- und in das Kirchspiel der Evang. Kirchengemeinde Freiamt-Brettental eingegliedert;
2. der bisher zum Kirchspiel der Evang. Kirchengemeinde Freiamt-Reichenbach gehörende Ortsteil „Scheerberg“, soweit er das Haus Nr. 220 (Scheerberger-Haus) betrifft, wird aus diesem aus- und in das Kirchspiel der Evang. Kirchengemeinde Freiamt-Brettental eingegliedert;
3. der bisher zum Kirchspiel der Evang. Kirchengemeinde Freiamt-Mußbach gehörende Ortsteil „Sägplatz“, soweit er das Haus Nr. 97 (Sillme-Korber-Haus) betrifft, wird aus diesem aus- und in das Kirchspiel der Evang. Kirchengemeinde Freiamt-Reichenbach eingegliedert.

OKR 3. 2. 1967
Az. 20/1 — 152

Mitverwaltung der Evang. Pfarrei Hochhausen

Die Evang. Pfarrei Hochhausen, die bisher durch das Evang. Pfarramt Neckarzimmern unter Mithilfe des Evang. Pfarramts Haßmersheim mitverwaltet wurde, wird im Einvernehmen mit den beteiligten Stellen mit sofortiger Wirkung ausschließlich dem Evang. Pfarramt Haßmersheim zur Mitverwaltung zugewiesen.

OKR. 20. 1. 1967
Az. 25/76—17048

Gesetzliche Unfallversicherung nach der Reichs- versicherungsordnung

Die Kirchenkanzlei der Evang. Kirche in Deutschland hat für die in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) gelegenen Gliedkirchen der Evang. Kirche in Deutschland mit der Verwaltungsberufsgenossenschaft Hamburg am 12. 7. 1966 eine Vereinbarung zur vereinfachten Beitragserhebung für den Bereich der Kirchengemeinden — mit rückwirkender Geltung ab 1. Januar 1963 — abgeschlossen. Aufgrund dieser Vereinbarung und den zwischenzeitlichen Änderungen der Bestimmungen der gesetzlichen Unfallversicherung (Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetz vom 30. 4. 1963, BGBl. I S. 241 — in Kraft getreten am 1. 7. 1963) gilt nunmehr folgendes:

1. Der Versicherungsschutz in der gesetzlichen Unfallversicherung ist ausgedehnt worden auf:

- a) alle **unentgeltlich** Tätigen (sogenannte Arbeitnehmerähnliche Personen); das sind Mitarbeiter, die ohne Vergütung eine Tätigkeit ausüben, die einer Arbeitnehmertätigkeit ähnelt;
- b) die für eine Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts **ehrenamtlich** Tätigen; das sind Inhaber eines verfassungsmäßig (durch Gesetz oder Satzung) übertragenen Ehrenamtes ohne Bezahlung und ohne vertragliche Bindung, das dem allgemeinen Erwerbsleben nicht zugänglich ist.

Mit diesem Zeitpunkt sind nunmehr alle auf Grund eines Arbeits-, Dienst- oder Lehrverhältnisses hauptberuflich, nebenberuflich, ohne zeitliche Begrenzung, vorübergehend, arbeitnehmerähnlich oder für eine Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts ehrenamtlich Tätigen ohne Rücksicht auf Alter, Geschlecht, Beschäftigungsgrad und Entgelt **kraft Gesetzes** gegen die Folgen von Arbeitsunfällen und entschädigungspflichtigen Berufskrankheiten versichert.

Gesetzliche Grundlage dieser Unfallversicherung ist die Reichsversicherungsordnung. Die gesetzliche Unfallversicherung ist eine **Pflichtversicherung** wie die gesetzliche Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung, d. h. eine Befreiung von der Versicherungspflicht wegen Bestehens oder durch Neuabschluß von privaten oder freiwilligen Unfall- oder Haftpflichtversicherungen bei Versicherungsgesellschaften oder -anstalten ist grundsätzlich nicht möglich. Eine Ausnahme ist bei einer Versicherung bei der Unfallfürsorgekasse des Bad. Kommunalen Versorgungsverbandes in Karlsruhe gegeben, da hier die gesetzlich geforderte Unfallhilfe sichergestellt ist.

Kirchengemeinden, kirchliche Vereine usw., die noch private Unfallversicherungen abgeschlossen haben, wollen dem Evang. Oberkirchenrat in Karlsruhe unter Vorlage der Versicherungsunterlagen berichten. Es wird sodann auch im Hinblick auf die privatrechtliche Haftpflicht-, Unfall- und Kautionsversicherung beim Bad. Gemeinde-Versicherungs-Verband in Karlsruhe (Bek. vom 29. 10. 1959, VBl. S. 84) geprüft werden, ob eine Doppelversicherung gekündigt werden kann.

2. Von der gesetzlichen Unfallversicherung sind **befreit**:
 - a) die Pfarrer im Sinne des § 1 Abs. 2 des Pfarrbesoldungsgesetzes (Sammlung Niens Nr. 26),
 - b) die Pfarrverwalter und Pfarrdiakone im Sinne des kirchlichen Gesetzes über den Dienst des Pfarrdiakons und des Pfarrverwalters, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis zur Evang. Landeskirche in Baden stehen (Sammlung Niens Nr. 25),

- c) die Kirchenbeamten im Sinne der Kirchenbeamtenordnung (Sammlung Niens Nr. 27a),
- d) die sonstigen Bediensteten, für die beamtenrechtliche Unfallfürsorgevorschriften oder entsprechende Grundsätze gelten,
- e) Mitglieder geistlicher Genossenschaften, wenn ihnen nach den Regeln der Genossenschaft lebenslange Versorgung gewährleistet ist.

3. Von den hier unvollständig aufgeführten Gruppen kirchlicher Mitarbeiter beiderlei Geschlechts (die entsprechenden weiblichen Gruppen werden nicht besonders genannt) sind durch die gesetzliche Unfallversicherung gegen die Folgen von Arbeitsunfällen und entschädigungspflichtige Berufskrankheiten **versichert**, falls nicht Versicherungsfreiheit nach Ziffer 2 vorliegt,

I. Mitarbeiter, die nicht zu dem unter Abschnitt II genannten Personenkreis gehören, bei der **Verwaltungsberufsgenossenschaft** — Bezirksverwaltung — **8000 München 2, Lenbachplatz 3,**

im Angestelltenverhältnis stehende

- Pfarrer
- Vikare
- Missionare
- Pfarrverwalter
- Pfarrdiakone
- Prediger
- Religionslehrer
- Angestellte der Bauverwaltung (Bauplanung, -leitung, -beaufsichtigung)
- Architekten
- Bauingenieure
- Bautechniker
- Bauhandwerker und Bauarbeiter (Stammpersonal), die nicht unter Ziffer 5 gehören
- Zeichner
- Angestellte des pfarramtlichen und kirchlichen Hilfsdienstes
- Blasbalgtreter
- Chorleiter (siehe auch Ziffer 6)
- Diakone
- Gemeindehelfer
- Gemeindehilfskräfte
- Glöckner
- Hausmeister
- Heizer
- Jugendsekretäre
- Jugendsozialsekretäre
- Jugendwarte
- Kantoren
- Kirchenbuchführer
- Kirchendiener
- Kirchenmusiker
- Kirchensteuererheber
- Kraftfahrer
- Läuter
- Lektoren
- Mesner
- Organisten
- Pfarramtshelfer

- Pfarrer im Ruhestand mit Beschäftigungsauftrag
- Pförtner
- Posaunenwarte
- Rechner
- Reinigungspersonal
- Reiseseekretärinnen
- Religionshilfslehrer
- Schreibkräfte (bei den Fürsorgerinnenstellen siehe Abschnitt II)
- Sekretärinnen
- Sozialsekretäre
- Verwaltungsangestellte
- Helfer
 - in Gemeindebüchereien
 - bei Hausbesuchen
 - bei Haussammlungen
 - im Kindergottesdienst
 - beim Schmücken und Reinigen von Kirchen und sonstigen Räumen, die kirchlicher Arbeit dienen
 - beim Sammeln von Kollekten
 - in Gemeindekreisen einschließlich Jugendkreisen und bei sonstigen kirchlichen Zusammenkünften
 - bei Freizeiten, Wanderungen und sonstigen Veranstaltungen
 - bei Verteilung von Einladungen, des Gemeindeblattes und sonstiger Blätter
 - beim Anlegen und Herrichten von Plätzen und Gärten der Kirchen, Gemeindehäuser und kirchlichen Heime und bei kleinen Instandsetzungsarbeiten an solchen Gebäuden
- Mitglieder
 - der Landessynode
 - der Bezirkssynoden
 - der Bezirkskirchenräte
 - der Kirchengemeinderäte und Ältestenkreise
 - sonstige Inhaber eines Ehrenamtes einer Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts

II. bei der **Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege in 2000 Hamburg 6, Schäferkampsallee 24,**

- Dorfhelferinnen
- Familienpflegerinnen
- Fürsorger
- Fürsorgehilfskräfte
- Hauspflegerinnen
- Kindergärtnerinnen
- Kinderpflegerinnen
- sonstige Mitarbeiter in Kindergärten
- Wohlfahrtspfleger
- Mitarbeiter in
 - Altersheimen
 - Gemeindepflegestationen
 - Jugendheimen
 - Kinderheimen
 - Kinderhorten
 - Kinderkrippen

Kliniken
Mädchenheimen
Sanatorien
Anstalten, Heimen und Einrichtungen des
Werkes Innere Mission und Hilfswerk
mitarbeitende Betreute in solchen Anstalten,
Heimen und Einrichtungen
Mitglieder
der Diakonie-Beiräte
der Diakonie-Ausschüsse
Schreibkräfte bei den Fürsorgerinnenstellen
alle übrigen in solchen Diensten Tätigen.
Wegen Diakonissen siehe Ziffer 4.

4. Die **Diakonissen** sind durch ihr Mutterhaus in der gesetzlichen Unfallversicherung versichert.
5. Für die bei der praktischen **Bauausführung** tätigen Arbeitnehmer, z. B. insbesondere Gemeindeglieder, die sich zur Mithilfe bei Bauarbeiten zur Verfügung stellen, ist die Südwestliche Bauberufsgenossenschaft in 75 Karlsruhe, Kriegsstraße 35, und für die Arbeitnehmer der **land- und forstwirtschaftlichen Betriebe** die Badische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft in 75 Karlsruhe, Kriegsstraße 47 b, zuständig (vgl. Bekanntmachung vom 13. 8. 1932, VBl. S. 78).
6. Mitglieder und ohne Entgelt tätige Leiter von **Chören** (Kirchenchor, Posaunenchor, Jugendchor, Kinderchor usw.) und **Instrumentalkreisen** sind nicht in den gesetzlichen Unfallversicherungsschutz einbezogen. Für diese Personenkreise besteht ein privatrechtlicher Unfallversicherungsschutz durch Versicherungsvertrag der Landeskirche mit dem Bad. Gemeinde-Versicherungsverband in Karlsruhe; siehe Bekanntmachung vom 29. 10. 1959, VBl. S. 84.
7. **Mitglied** der Berufsgenossenschaft ist der **Dienstgeber**. Er ist verpflichtet, seine Arbeitnehmer **unaufgefordert binnen 1 Woche (§ 661 RVO)** bei der zuständigen Berufsgenossenschaft zur gesetzlichen Unfallversicherung anzumelden.

Nur die **Verwaltungsberufsgenossenschaft verzichtet** nach wie vor auf die **Anmeldung der einzelnen Kirchengemeinden**. Diese Berufsgenossenschaft hat mit der für die in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) gelegenen Gliedkirchen handelnden EKD eine Vereinbarung zur vereinfachten Beitragserhebung für den Bereich der Kirchengemeinden abgeschlossen. Hierdurch sind alle nach Vorstehendem bei der Verwaltungsberufsgenossenschaft anzumeldenden Mitarbeiter der **Kirchengemeinden** unter der **Mitglieds-Nr. 31-00001** versichert. Die **Beiträge** zur gesetzlichen Unfallversicherung bei der Verwaltungsberufsgenossenschaft, die vom Dienstgeber allein zu tragen sind, werden für die Mitarbeiter der Kirchengemeinden von der landeskirchlichen Kasse gezahlt und bis auf weiteres bei den örtlichen kirchlichen Kassen nicht rück erhoben. Die Mitarbeiter aller übrigen Dienst-

geber und die bei einer anderen Berufsgenossenschaft anzumeldenden Mitarbeiter der Kirchengemeinden sind in die genannte Vereinbarung mit der Verwaltungsberufsgenossenschaft **nicht** einbezogen.

8. Die Dienstgeber sind verpflichtet, alle zur **Unfallverhütung** von der Berufsgenossenschaft und Versicherungsbehörden erlassenen Vorschriften zu beachten und die Mitarbeiter zur Unfallverhütung anzuhalten.

Die Mitarbeiter sind darüber zu unterrichten, bei welcher Berufsgenossenschaft sie gegen Arbeitsunfall versichert sind.

9. Unfallmeldung

Der Dienstgeber ist verpflichtet, jeden Arbeitsunfall binnen drei Tagen, in Todesfällen außerdem fernmündlich oder telegrafisch der zuständigen Berufsgenossenschaft anzuzeigen.

- a) Sobald ein versicherter Mitarbeiter einen Arbeitsunfall (Unfall an der Arbeitsstelle oder auf dem Wege von und zu der Arbeitsstelle) erleidet, ist vom Dienstgeber unverzüglich die vorgeschriebene **Unfallanzeige** in zweifacher Fertigung unter Angabe der Mitgliedsnummer, vollständig und genau ausgefüllt, **unmittelbar an die zuständige Berufsgenossenschaft** einzusenden. Hat der Unfall eine Arbeitsunfähigkeit von voraussichtlich mehr als 3 Tagen zur Folge, so ist eine weitere, gleichlautende Anzeige in Nordbaden dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt in 75 Karlsruhe, Kaiserallee 61, in Südbaden dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt in 78 Freiburg i. Brg., Elsässer Str. 2,

einzureichen. Bei einem tödlichen Unfall ist außerdem eine weitere gleichlautende Anzeige an die Ortpolizeibehörde zu senden. Vordrucke für die Unfallanzeigen sind in Schreibwarenhandlungen und bei den Berufsgenossenschaften erhältlich.

Bei Unfallanzeigen und sonstigen Zuschriften der Kirchengemeinden an die Verwaltungsberufsgenossenschaft ist stets die Mitglieds-Nr. 31-00001 anzugeben.

- b) Muß ein Mitarbeiter wegen eines Arbeitsunfalles einen Arzt, ein Krankenhaus oder eine andere Heilanstalt in Anspruch nehmen, so sind diese bei der ersten Inanspruchnahme darauf aufmerksam zu machen, daß die Kosten von der Berufsgenossenschaft getragen werden.

10. Die Berufsgenossenschaft gewährt nach einem Arbeitsunfall u. a.:

I. bei Verletzung:

- a) Heilbehandlung, soweit diese nicht von einer auf Grund der Reichsversicherungsordnung zuständigen Krankenkasse durchgeführt wird,

- b) Verletztenrente nach Maßgabe des Grades der Minderung der Erwerbsfähigkeit; unter Umständen auch Berufshilfe zur Wiedergewinnung oder Erhöhung der Erwerbsfähigkeit, nötigenfalls zur Ausbildung für einen neuen Beruf, außerdem Hilfe zur Erlangung einer neuen Arbeitsstelle;

II. bei Tod des Versicherten:

- a) Sterbegeld,
- b) Überführungskosten,
- c) Überbrückungshilfe,
- d) Witwenrente; unter Umständen auch Witwerrente,
- e) Waisenrente für Kinder bis zum vollendeten 18. Lebensjahr,
- f) Elternrente für Verwandte aufsteigender Linie, die der Getötete aus seinem Arbeitsverdienst wesentlich unterhalten hat, für die Dauer der Bedürftigkeit.

Mit dieser Bekanntmachung werden die Bekanntmachungen vom 14. 4. 1950, VBl. S. 34 (Sammlung Niens Nr. 28), vom 3. 12. 1953, VBl. S. 80, vom 22. 12. 1953, VBl. 1954 S. 2, vom 15. 5. 1959, VBl. S. 64, und vom 4. 7. 1962, VBl. S. 87, gegenstandslos.

Buchhinweis

Zur Erinnerung an den vor 450 Jahren erfolgten Thesenanschlag an der Wittenberger Schloßkirche ist im Sonnenweg-Verlag, Neuffen, ein Heftchen erschienen unter dem Titel „**Martin Luthers Lebensweg, aus seinen eigenen Worten zusammengestellt**“ von Siegfried Heinzelmann (Pfarrer in Mannheim). Die wichtigen Daten und markanten Äußerungen des Reformators sind hier auf 16 Seiten in prägnanter Weise festgehalten. Wir können diese Veröffentlichung, die zum 3. Male neu aufgelegt wurde, vor allem unseren Schülern und Konfirmanden warm empfehlen. Der **Preis** für 1 Exemplar beträgt **0,40 DM.**